Gesetz über Elternschaftsbeiträge*

vom 5. Dezember 1985 (Stand 1. Januar 2026)

Der Grosse Rat des Kantons St.Gallen

hat von der Botschaft des Regierungsrates vom 15. Januar 1985[1] Kenntnis genommen und

erlässt

als Gesetz:[2]

*Art. 1 Grundsätze**

[1] Eltern haben bei der Geburt eines Kindes Anspruch auf Elternschaftsbeiträge, wenn:*

a)* sich wenigstens ein Elternteil persönlich der Pflege und der Erziehung des Kindes widmet und

b)* der Lebensbedarf das anrechenbare Einkommen übersteigt.

[1bis] Anspruchsberechtigt ist derjenige Elternteil, der das Kind hauptsächlich betreut.*

[2] Die Mehrfachgeburt ist der Einzelgeburt gleichgestellt.

Art. 2 Lebensbedarf*

[1] Der Lebensbedarf entspricht:*

a)* beim alleinstehenden Elternteil dem Betrag des für Alleinstehende massgebenden allgemeinen Lebensbedarfs für ordentliche Ergänzungsleistungen;

b)* beim Elternteil, der mit dem anderen Elternteil zusammenlebt oder mit einer anderen Person verheiratet ist und zusammenlebt oder mit einer Person in eingetragener Partnerschaft[3] zusammenlebt, dem Betrag des für Ehepaare oder eingetragene Partner massgebenden allgemeinen Lebensbedarfs für ordentliche Ergänzungsleistungen.

1 ABl 1985, 259.

2 Abgekürzt GEB. Vom Grossen Rat erlassen am 23. Oktober 1985; nach unbenützter Referendumsfrist rechtsgültig geworden am 5. Dezember 1985; in Vollzug ab 1. Juli 1986.

3 Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare vom 18. Juni 2004, SR 211.231.

[2] Leben Kinder, für die eine Unterhaltspflicht der Eltern besteht, im gleichen Haushalt, wird der Lebensbedarf erhöht für das erste Kind um einen Viertel, für das zweite Kind um einen Fünftel und für jedes weitere Kind um einen Sechstel des Betrages des für Alleinstehende massgebenden allgemeinen Lebensbedarfs für ordentliche Ergänzungsleistungen, erhöht um einen Zwanzigstel. Dem Lebensbedarf werden hinzugerechnet:*

a)* Mietzinsausgaben für die Wohnung, höchstens bis zum Betrag der nach den Bestimmungen über die ordentlichen Ergänzungsleistungen höchstzulässigen Mietzinsausgaben;
b) Hypothekarzins und Gebäudeunterhaltskosten nach den Bestimmungen über die ordentlichen Ergänzungsleistungen;
c) Prämien für Kranken- und Unfallversicherung für die Behandlung in der allgemeinen Abteilung;
d) ungedeckte Kosten aus Krankheit;
e) ungedeckte Kosten für zahnmedizinische Behandlung und für ärztlich verordnete Hilfsmittel, soweit die zuständige Gemeindebehörde Kostengutsprache erteilt hat.

*Art. 3** *Anrechenbares Einkommen*
a) Grundsatz

[1] Anrechenbar ist das Einkommen:*

a)* des anspruchsberechtigten Elternteils und
b)* des mit ihm zusammenlebenden anderen Elternteils oder der mit ihm verheirateten und zusammenlebenden anderen Person oder der mit ihm in eingetragener Partnerschaft[4] zusammenlebenden Person.

[2] Als Einkommen werden angerechnet:

a) Nettoerwerbseinkommen;
b)* Nettoerwerbseinkommen, das die freiwillig nicht oder teilweise erwerbstätige Person nach Abs. 1 Bst. b dieser Bestimmung aus einer zumutbaren Erwerbstätigkeit erzielen würde;
c) Kinder- und Familienzulagen;
d) Unterhalts- und Unterstützungsbeiträge;
e) Kapitalerträge;
f) Mutterschaftsentschädigungen und andere Sozialversicherungsleistungen;
g) Erwerbsersatzleistungen;
h)* ein Zehntel des Reinvermögens, soweit es für ordentliche Ergänzungsleistungen anrechenbar ist;
i)* Prämienverbilligungen nach Art. 12 Abs. 4 des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung vom 9. November 1995[5].

4 Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare vom 18. Juni 2004, SR 211.231.
5 sGS 331.11.

[3] Der Betrag wird herabgesetzt um:
1.* die um die Stipendien verminderten Aus- und Weiterbildungskosten des anspruchsberechtigten Elternteils und der Person nach Abs. 1 Bst. b dieser Bestimmung;
2.* die Unterhaltsbeiträge, welche der anspruchsberechtigte Elternteil und die Person nach Abs. 1 Bst. b dieser Bestimmung an Dritte bezahlen.

Art. 3bis b) Globaleinkommen*

[1] Lebt der anspruchsberechtigte Elternteil mit dem Kind in Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft mit Dritten zusammen und trifft die Wohnpartner keine familienrechtliche Leistungspflicht, so sind wenigstens drei Fünftel des nach den Bestimmungen über die Alters- und Hinterlassenenversicherung[6] für alleinstehende Familienmitglieder massgebenden Globaleinkommens anzurechnen.*

Art. 4 Bemessungsperiode*

[1] Die Bemessungsperiode für die Ermittlung von Lebensbedarf und anrechenbarem Einkommen entspricht der Beitragsdauer.

Art. 5 Anrechenbares Vermögen*

[1] Der Anspruch entfällt bei einem Vermögen, das den doppelten Betrag der Vermögensfreigrenze für Alleinstehende und Ehepaare nach den Bestimmungen über die ordentlichen Ergänzungsleistungen übersteigt. Für Liegenschaften ist der Verkehrswert massgebend.

Art. 6 Beitragshöhe

[1] Die gesamten Beiträge entsprechen dem Unterschied zwischen Lebensbedarf gemäss Art. 2 und anrechenbarem Einkommen gemäss Art. 3 dieses Gesetzes.

[2] Massgebend sind Lebensbedarf und anrechenbares Einkommen während der gesamten Bemessungsperiode.

[3] Die Beiträge werden monatlich ausbezahlt.

Art. 7 Beitragsdauer

[1] Beiträge werden für sechs Monate nach der Geburt ausgerichtet.

[2] In Härtefällen können die Beiträge für den Monat vor und für höchstens ein Jahr nach der Geburt ausgerichtet werden.*

6 eidgV über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vom 31. Oktober 1947, SR 831.101.

Art. 8 Zuständigkeit*

[1] Die Wohnsitzgemeinde[7] des anspruchsberechtigten Elternteils richtet die Beiträge aus.[8]*

[2] Die politische Gemeinde kann diese Aufgabe einer öffentlichen oder privaten sozialen Beratungsstelle[9] übertragen.

Art. 8bis Auszahlung an Dritte*

[1] Die zuständige Gemeindebehörde kann die Auszahlung an Dritte vornehmen, wenn die Beiträge nicht für die Deckung des Lebensbedarfs verwendet werden oder der anspruchsberechtigte Elternteil dazu nicht in der Lage ist.*

Art. 9 Anmeldung und Meldepflicht

[1] Der anspruchsberechtigte Elternteil hat den Anspruch spätestens ein Jahr nach der Geburt anzumelden.*

[2] Er hat Änderungen der persönlichen oder der finanziellen Verhältnisse während der Beitragsdauer unverzüglich zu melden.*

Art. 10 Ausschluss

[1] Kein Anspruch auf Beiträge besteht, wenn der anspruchsberechtigte Elternteil:*
a)* bei der Geburt den Wohnsitz nicht im Kanton St.Gallen hatte;
b)* die erforderlichen Auskünfte[10] vorenthält;
c)* Sozialhilfe bezieht.

Art. 11 Rückerstattung

[1] Wer durch unwahre oder unvollständige Angaben Beiträge erwirkt oder entscheidende Änderungen der Verhältnisse nicht meldet, hat die zu Unrecht bezogenen Beiträge zurückzuerstatten.

Art. 11a Freiwillige Beiträge*

[1] Die Wohnsitzgemeinde kann den Eltern nach Ablauf der Beitragsdauer auf Gesuch hin und bis zur Schulpflicht des Kindes weitere Beiträge zur Verhinderung einer Notlage ausrichten.

---

7 Vgl. Art. 4 und 5 der VV zum GEB, sGS 372.11; Art. 23 ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 10. Dezember 1907, SR 210.
8 Vgl. Art. 1 Abs. 1 der VV zum GEB, sGS 372.11.
9 Vgl. Art. 1 Abs. 2 der VV zum GMB, sGS 372.11.
10 Vgl. Art. 2 der VV zum GEB, sGS 372.11.

Art. 12 [11]

Art. 13 Vollzugsvorschriften

[1] Der Regierungsrat erlässt durch Verordnung[12] Vorschriften über das Verfahren.

Art. 14 Anpassung an veränderte Verhältnisse

[1] …*

[2] Erlässt der Bund gesetzliche Vorschriften über die Mutterschaftsversicherung, so unterbreitet der Regierungsrat dem Grossen Rat Bericht und Antrag, ob und wie die Vorschriften dieses Gesetzes den veränderten Verhältnissen anzupassen sind.

Art. 15 Vollzugsbeginn

[1] Der Regierungsrat bestimmt den Vollzugsbeginn dieses Gesetzes.[13]

11 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.
12 VV zum GMB, sGS 372.11.
13 1. Juli 1986; vgl. Art. 6 VV zum GMB, sGS 372.11.

* Änderungstabelle - Nach Bestimmung

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Erlass	Grunderlass	34–108	05.12.1985	01.07.1986
Erlasstitel	geändert	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 1	Artikeltitel geändert	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 1, Abs. 1	geändert	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 1, Abs. 1, a)	geändert	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 1, Abs. 1, b)	geändert	27–85	12.11.1992	keine Angabe
Art. 1, Abs. 1bis	eingefügt	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 2	geändert	42–55	23.01.2007	keine Angabe
Art. 2, Abs. 1	geändert	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 2, Abs. 1, a)	eingefügt	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 2, Abs. 1, b)	eingefügt	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 2, Abs. 2	geändert	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 2, Abs. 2, a)	geändert	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 3	geändert	42–55	23.01.2007	keine Angabe
Art. 3, Abs. 1	geändert	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 3, Abs. 1, a)	eingefügt	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 3, Abs. 1, b)	eingefügt	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 3, Abs. 2, b)	geändert	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 3, Abs. 2, h)	geändert	2024-030	25.06.2024	01.01.2026
Art. 3, Abs. 2, i)	eingefügt	2024-030	25.06.2024	01.01.2026
Art. 3, Abs. 3, 1.	geändert	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 3, Abs. 3, 2.	geändert	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 3bis	eingefügt	27–85	12.11.1992	keine Angabe
Art. 3bis	geändert	34–107	11.11.1999	keine Angabe
Art. 3bis, Abs. 1	geändert	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 4	geändert	27–85	12.11.1992	keine Angabe
Art. 5	geändert	27–85	12.11.1992	keine Angabe
Art. 7, Abs. 2	geändert	27–85	12.11.1992	keine Angabe
Art. 8	aufgehoben	35–49	01.06.2000	keine Angabe
Art. 8, Abs. 1	geändert	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 8bis	eingefügt	27–85	12.11.1992	keine Angabe
Art. 8bis, Abs. 1	geändert	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 9, Abs. 1	geändert	27–85	12.11.1992	keine Angabe
Art. 9, Abs. 1	geändert	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 9, Abs. 2	geändert	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 10, Abs. 1	geändert	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 10, Abs. 1, a)	geändert	27–85	12.11.1992	keine Angabe
Art. 10, Abs. 1, b)	geändert	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 10, Abs. 1, c)	eingefügt	2017-064	25.04.2017	01.01.2018

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Art. 11a	eingefügt	2017-064	25.04.2017	01.01.2018
Art. 14, Abs. 1	aufgehoben	27–85	12.11.1992	keine Angabe

* Änderungstabelle - Nach Erlassdatum

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
05.12.1985	01.07.1986	Erlass	Grunderlass	34–108
12.11.1992	keine Angabe	Art. 1, Abs. 1, b)	geändert	27–85
12.11.1992	keine Angabe	Art. 3bis	eingefügt	27–85
12.11.1992	keine Angabe	Art. 4	geändert	27–85
12.11.1992	keine Angabe	Art. 5	geändert	27–85
12.11.1992	keine Angabe	Art. 7, Abs. 2	geändert	27–85
12.11.1992	keine Angabe	Art. 8bis	eingefügt	27–85
12.11.1992	keine Angabe	Art. 9, Abs. 1	geändert	27–85
12.11.1992	keine Angabe	Art. 10, Abs. 1, a)	geändert	27–85
12.11.1992	keine Angabe	Art. 14, Abs. 1	aufgehoben	27–85
11.11.1999	keine Angabe	Art. 3bis	geändert	34–107
01.06.2000	keine Angabe	Art. 8	aufgehoben	35–49
23.01.2007	keine Angabe	Art. 2	geändert	42–55
23.01.2007	keine Angabe	Art. 3	geändert	42–55
25.04.2017	01.01.2018	Erlasstitel	geändert	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 1	Artikeltitel geändert	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 1, Abs. 1	geändert	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 1, Abs. 1, a)	geändert	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 1, Abs. 1bis	eingefügt	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 2, Abs. 1	geändert	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 2, Abs. 1, a)	eingefügt	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 2, Abs. 1, b)	eingefügt	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 2, Abs. 2	geändert	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 2, Abs. 2, a)	geändert	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 3, Abs. 1	geändert	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 3, Abs. 1, a)	eingefügt	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 3, Abs. 1, b)	eingefügt	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 3, Abs. 2, b)	geändert	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 3, Abs. 3, 1.	geändert	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 3, Abs. 3, 2.	geändert	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 3bis, Abs. 1	geändert	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 8, Abs. 1	geändert	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 8bis, Abs. 1	geändert	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 9, Abs. 1	geändert	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 9, Abs. 2	geändert	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 10, Abs. 1	geändert	2017-064

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
25.04.2017	01.01.2018	Art. 10, Abs. 1, b)	geändert	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 10, Abs. 1, c)	eingefügt	2017-064
25.04.2017	01.01.2018	Art. 11a	eingefügt	2017-064
25.06.2024	01.01.2026	Art. 3, Abs. 2, h)	geändert	2024-030
25.06.2024	01.01.2026	Art. 3, Abs. 2, i)	eingefügt	2024-030